

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Bundespräsident Heinz Fischer für weitere sechs Jahre!

Als Heinz Fischer im Juli 2004 sein Amt als der vom Vertrauen einer großen Mehrheit getragene Bundespräsident antrat, legte er der Bundesversammlung sein Verständnis von dessen Funktion und Aufgaben dar. Voran stellte er: „Der Bundespräsident steht im Dienste aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, er ist Partner für alle Bemühungen um eine friedliche und gedeihliche Entwicklung unserer Republik. Es ist seine Aufgabe, auf das verfassungsmäßige Funktionieren unseres politischen Systems und auf eine harmonische Zusammenarbeit der Staatsorgane hinzuwirken.“

Der Bundespräsident hat aber auch das Recht und die Pflicht, sich in angemessener Form zu Wort zu melden, wenn dies dem Ziel dient, einen Beitrag für eine positive Entwicklung unseres Landes zu leisten oder Schaden von unserem Gemeinwesen abzuwenden. Er übt sein Amt objektiv und unparteiisch aus. Das heißt aber nicht, dass er auf Grundsätze und Prinzipien verzichtet.“

Heinz Fischer war als Kandidat der Sozialdemokratischen Partei für die Wahl aufgestellt.

Vor den Abgeordneten sagte er dazu: „Ich kann und werde meine Herkunft aus der österreichischen Sozialdemokratie nicht verleugnen und den Idealen meiner Jugend nicht untreu werden, aber ich kann und werde jede Parteilichkeit hinter mir lassen, meine Befugnisse nach bestem Wissen und Gewissen ausüben und der Bundesprä-



Bundespräsident Heinz Fischer: „Politik braucht Werte.“

sident aller Österreicherinnen und Österreicher sein. Als Symbol dafür habe ich auch mit Beginn des heutigen Tages meine Mitgliedschaft der österreichischen Sozialdemokratie ruhend gestellt.

Heinz Fischer hat sich an diese Worte gehalten, die Menschen unseres Landes wissen das; es gibt kaum einen Zweifel, dass er in einer zweiten Amtszeit genauso handeln wird.

Der Vertrauensvorschuss für ihn ist groß. Wenn die Sozialdemokraten dennoch mit aller Kraft sich für seinen neuen Sieg einsetzen, ist das kein Widerspruch. Dass die ÖVP keinen Kandidaten aufstellte, ist ein Signal dafür, dass sie sich

keine Veränderung erwarten konnte, und die Querelen in dieser Partei, ob diese Entscheidung richtig war, beweisen ihre Schwäche. Der Versuch von ÖVP-Seite, ihre Anhänger zur Abgabe von weißen Stimmzetteln zu animieren, beweist dies erst recht. Geradezu bedenklich – nicht für die Wahl, aber für die Haltung dieser Partei – ist, wenn aus ihr Stimmen kommen, die darin eine „Äquidistanz“ zu den zur Wahl stehenden Personen vorgeben. Das, was die FPÖ-Kandidatin von Anfang an von sich gegeben und womit sie wohl von Strache erhoffte VP-Wähler vertrieben hat, müsste genügen. Wie es Bürgermeister Häupl jüngst formulierte:

„Äquidistanz zwischen Demokratie und Faschismus kann es nicht geben.“

Wenn da der niederösterreichische VP-Klubobmann Klaus Schneeberger meinte, bevor ein ÖVP-Wähler einen „Herrn Fischer“ wählt, wird er Frau Rosenkranz wählen, und wenn jüngst der Wiener Landesobmann des VP-Akademikerbundes Josef M. Müller sich für die Abschaffung des NS-Verbotsgesetzes aussprach, so forderten die Sozialdemokraten mit Recht von Parteiboss Josef Pröll Klarheit. Wie es der Wiener SP-Landespartei sekretär Christian Deutsch wissen wollte: „Was sagt Josef Pröll dazu, dass sein Akademiker-Obmann am Grundkonsens der Zweiten Republik rüttelt?“ Angesichts der Proteste um Schadensbegrenzung bemüht, wurde Müller aus der ÖVP ausgeschlossen.

Bundespräsident Heinz Fischer fand in seiner Rede zum Wahlkampfauftritt klare Worte für seine umstrittene Gegenkandidatin, ohne ihren Namen zu nennen: „Kann man sich wirklich wünschen, dass ausgerechnet beim Bundespräsidenten allenfalls fehlende Glaubwürdigkeit durch eidesstattliche Erklärungen ersetzt werden muss?“ Dem folgte stürmischer Applaus. Und zum Abschluss zeigte sich Heinz Fischer als demokratisch begründender Bekenner zur Volkswahl des Staatsoberhauptes. Seine Botschaft: „Nützen Sie Ihr Wahlrecht und wählen Sie nicht weiß, sondern wählen Sie im Interesse von Rotweißrot!“ ■

Manfred Scheuch



Wissenschaft für Rehabilitierung der Verteidig

Eine wissenschaftliche Plattform, gebildet von 97 Historikern, hat sich mit einem offenen Brief an die Abgeordneten des österreichischen Nationalrats gewendet, um eine Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus zu fordern.

In dem Brief heißt es:

Seit geraumer Zeit existiert auf wissenschaftlicher Ebene ein Konsens über die wesentlichen Entwicklungen der Ersten Republik und den Weg in die Diktatur der Jahre 1933–1938. Sowohl die öffentliche Debatte 2004 als auch die Diskussion rund um den 75. Jahrestag der Februartkämpfe und des Juliputsches 1934 im heurigen Jahr haben indes einmal mehr gezeigt, wie weit wissenschaftliche Erkenntnis und öffentliches historisches Bewusstsein in dieser Frage auseinanderklaffen.

Es geht uns nicht darum, aus sicherer zeitlicher Distanz zur eigenen moralischen Erbauung den Stab über anderen zu brechen. Aber wir sehen die Aufgabe einer kritischen, den Werten von Demokratie und Emanzipation verpflichteten Wissenschaft nicht zuletzt darin, historische Fehlentwicklungen klar als solche zu benennen. Je umfassender autoritäre Strömungen histo-

risch verstanden werden, desto eher entwickeln Menschen und Gesellschaften eine Sensibilität für ähnliche Tendenzen in der Gegenwart. Die Vergangenheit kann in dieser Hinsicht Mahnung sein, sie kann aber auch Orientierung geben. So würde heute niemand ernstlich die positiven Folgen der intensiven öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus infrage stellen. Im Gegenteil: Auf politischer Ebene existiert über Parteigrenzen hinweg die Bereitschaft, eine kritische Befassung mit dem Nationalsozialismus zu fördern, indem die schulische Bildung dazu intensiviert wird, aber auch, indem öffentliche Gedenk- und Erinnerungsräumen forciert werden.

Hingegen gibt es ungeachtet der Faktenlage immer noch kein Einverständnis über die Be-

wertung des Regimes Dollfuß/Schuschnigg. Als Folge dessen bleibt die Bedeutung der Jahre 1933–1938 für die weitere Entwicklung Österreichs seltsam ungeklärt.

Dabei ließen sich anhand der Entwicklungen in den 1920ern und 1930ern beispielhaft die Erfolgsbedingungen antidemokratischer Bestrebungen studieren. Die Beschäftigung mit dem Dollfuß/Schuschnigg-Regime könnte Anlass bieten zur Erörterung der längst überfälligen Frage nach möglichen geistigen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontinuitäten in der Zweiten Republik. Gleichzeitig könnte die Auseinandersetzung mit dem demokratischen Widerstand gegen das Regime helfen, das demokratische Bewusstsein in der österreichischen Gesellschaft zu stärken. Zu lernen wäre nicht nur aus den Fehlern

der Sieger des Februar 1934, sondern auch aus der Geschichte der Besiegten.

Die Initialzündung für eine kritische Befassung mit Geschichte bildeten in der Vergangenheit oftmals symbolische Akte. Für einen solchen Akt wäre nunmehr die Gelegenheit gekommen. Dem Justizausschuss des Parlaments liegt gegenwärtig ein Antrag vor, der die vollständige Rehabilitierung all jener Menschen fordert, die im Gefolge der Februartkämpfe 1934 von Standgerichten des Regimes abgeurteilt wurden. Ungeachtet unserer jeweiligen politischen Haltung sind wir der Meinung, dass die Rehabilitierung der verurteilten Februartkämpfer ein längst fälliger erster Schritt im oben geschilderten Sinne wäre.

Desgleichen hielten wir es für höchst erstrebenswert, dass die Republik jenen Frauen und Männern ein ehrendes Andenken bewahrt, die 1934 in einen letzten, so mutigen wie aussichtslosen Kampf um ihre demokratischen Rechte gezogen sind. Zu diesem Zweck befürworten wir die Errichtung eines würdigen öffentlichen Denkmals an zentraler Stelle in der Bundeshauptstadt. ■

Am Galgen hingerichtet:

Josef Ahrer

Anton Bulgari

Josef Gerl

Johann Hoys

Karl Münchreiter

Viktor Rauchenberger

Emil Svoboda

Koloman Wallisch

Georg Weissel

Sozialdemokratische Freiheitskämpfer begrüßten die Initiative der Wissenschaftler

Im Namen des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und der Opfer des Faschismus begrüßte deren Vorsitzender Ernst Nedwed in einer Aussendung den Appell der wissenschaftlichen Plattform und forderte nach den wissenschaftlich unbestrittenen Ergebnissen von Forschungsarbeiten über die Zeit des Austrofaschismus von 1933 bis 1938, endlich die politischen und juristischen Konsequenzen zu ziehen.

Leider sind bis heute z. B. die Urteile gegen die seinerzeit hingerichteten Februartkämpfer und weitere verfolgte Sozialdemokraten nicht aufgehoben. Des Weiteren seien, durch die Weigerung der ÖVP, die Rolle Dollfuß' demokratiepolitisch-kritisch zu hinterfragen, keine weiteren Maßnahmen gesetzt worden.

Das im Jahr 2009 begangene 75-jährige Gedenken an den 12. Februar 1934 war Anlass für einige Forderungen, dass über die Parteigrenze hinweg dieses Unrechtsregime ab 1933 in der öffentlichen Wahrnehmung entsprechend dargestellt wird.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer unterstützt die Forderungen der wissenschaftlichen Plattform und hofft, dass der Beitrag von renommierten Wissenschaftlern im politischen Raum nicht ungehört verhallt. Jedenfalls ist die Forderung nach einem würdigen Mahnmal für die Verteidiger der Demokratie des Jahres 1934 im Zentrum der Hauptstadt von großer Bedeutung für das historische Bewusstsein der Menschen von heute.

er der Demokratie 1934

120 Jahre 1. Mai

Diese Historiker treten für die Rehabilitierung der Februaropfer ein

A. o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Thomas Albrich; Univ.-Prof. Dr. Rudolf Ardel; Univ.-Prof. Dr. Mitchell Ash; Univ.-Doz. Mag. Dr. Brigitte Bailer; a. o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Ingrid Bauer; Univ.-Prof. Dr. Peter Becker; Dr. Karin Berger, Univ.-Prof. Dr. Christoph Boyer; Univ.-Prof. Dr. Gerhard Botz; Mag. Rosemarie Burgstaller, Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand; Univ.-Prof. Dr. Karl Brunner; Dr. Herwig Czech, a. o. Univ.-Prof. Dr. Christian Dirninger; Univ.-Doz. Dr. Johann Dvorak; Univ.-Ass. Mag. Lucile Dreide-my, a. o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Friedrich Edelmayer MAS, a. o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Peter Eig-ner, a. o. Univ.-Prof. Dr. Helga Embacher, Mag. Brigitte Entner; Univ.-Ass. Mag. Dr. Marcel Fink; Mag. Regina Fritz; Dr. Winfried Garscha, a. o. Univ.-Prof. Dr. Johanna Gehmacher, a. o. Univ.-Prof. Dr. Margarete Grandner; Univ.-Prof. i. R. Dr. Peter Gstett-ner, o. Univ.-Prof. Dr. Hanns Haas, a. o. Univ.-Prof. Dr. Sylvia Hahn; Univ.-Prof. Mag. Dr. Gabriella Hauch, a. o. Univ.-Prof. Dr. Hans Hautmann; Mag. Dr. Dieter Hecht; Dr. Thomas Hellmuth; Mag. Manuela Hiesmair; Univ.-Prof. Dr. Frank Höpfel; Univ.-Prof. Dr. Robert Hoffmann, a. o. Univ.-Prof. Dr. Willibald Hol-zer; Univ.-Prof. Dr. Geneviève Humbert-Knitel; Mag. Hubert Hummer, a. o. Univ.-Prof. Dr. Martina Kaller-Dietrich; Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier; Univ.-Ass. Mag. Jakob Kapeller; a. o. Univ.-Prof. Dr. Ferdinand Karhofer; Prof. Dr. Karl Kaser; Dr. Mag. Brigitte Kepplinger; Univ.-Ass. Mag. Marietta Kes-ting; Mag. Dr. Christian Klösch; a. o. Univ.-Prof. Dr. Andrea Komlosy; Univ.-Prof. Dr. Hel-

mut Konrad, a. o. Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kramer; Univ.-Prof. Dr. Helmut Kramer; Univ.-Prof. Dr. Eva Kreisky; Mag. Katharina Kuffner; Mag. Dr. Oliver Küh-schelm; Dr. Eveline List, a. o. Univ.-Prof. Dr. Walter Manoschek; Univ.-Doz. Dr. Siegfried Mattl; Univ.-Ass. Mag. David Mayer; Hon. Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer; MMag. Corinna Oesch, a. o. Univ.-Prof. DDr. Günther Pallaver; Univ.-Prof. DDr. Paul Pasteur; Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka; Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz; Mag. Dr. Peter Pirker; Univ.-Ass. Mag. Sabine Pitscheider; Mag. Dr. Herbert Posch; Mag. Dr. Barbara Prain-sack; Univ.-Prof. DDr. Oliver Rathkolb; Univ.-Doz. Dr. Margit Reiter; Dr. Lisa Rettl, a. o. Univ.-Prof. Dr. Ilse Reiter-Zatloukal; Univ.-Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger; Univ.-Ass. PD Mag. Dr. Dirk Rupnow; Univ.-Prof. Dr. Edith Saurer; Univ.-Prof. Dr. Karin M. Schmidlechner; Mag. Pia Schölnberger; Mag. Florian Schwanninger; Univ.-Prof. Dr. Andreas Schwarcz; Univ.-Prof. Dr. sc. phil. Dieter Segert; Ass. Prof. Mag. Dr. Valentin Sima; a. o. Univ.-Prof. Dr. Gerald M. Sprengnagel; Univ.-Prof. i. R. Mag. Dr. Anton Staudinger; o. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger; em. Univ.-Prof. Dr. Karl Stuhl-pfarrer (†); Mag. Markus Stumpf; Mag. Dr. Stephan Sturm; Univ.-Prof. Dr. Emmerich Tálos; Univ.-Ass. Mag. Dr. Regina Thumser; Univ.-Prof. Dr. Karl Ucakar; Mag. Dr. Heidemarie Uhl; Mag. Dr. Natascha Vittorelli; a. o. Univ.-Prof. Dr. Karl Vocelka; Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer; Univ.-Ass. Mag. Florian Wennin-ger; a. o. Univ.-Prof. Dr. Markus J. Wenninger; Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Winkelbauer ■



Nach einigen Ansätzen innerhalb der Arbeiterbewegung der Vereinigten Staaten wurde 1889 in Paris der 1. Mai von der sogenannten „Zweiten Internationale“, an der 400 Delegierte aus 21 europäischen Ländern sowie USA und Ägypten teilnahmen, als sozialistischer Feiertag festgelegt. Der Festtag des Proletariats, zugleich internationaler Kampftag für den Achtstundentag, war geboren.

In Wien wurde der 1. Mai 1890 erstmals begangen. Während die bürgerliche Presse Ängste vor dem zu erwartenden Umzug der Arbeiter schürte, wurde der im Prater gefeierte erste 1. Mai der Arbeiterschaft ein Fest. Friedrich Engels schrieb danach in der „Arbeiter-Zeitung“: „Freund und Feind sind sich darüber einig, dass auf dem ganzen Festland Österreich, und in Österreich Wien, den Festtag des Proletariats am

glänzendsten und würdigsten begangen hat.“

Von da an ist der Maiaufmarsch als Feiertag der Arbeiter und Arbeiterinnen ein fester Bestandteil der österreichischen Kultur. Verbote gab es nur durch das austrofaschistische Regime, das die Ringstraße mit Stacheldraht und Maschinengewehrposten verbarrikadierte, was die Arbeiter mit einem Bummelspaziergang an der Ringstraße lächerlich machte.

Die 120. Wiederkehr des Arbeiterfesttages wird heuer in Wien zusammen mit eingeladenen Delegationen aus etlichen Ländern ganz besonders gefeiert werden. Für diese Gäste gibt es auch ein Programm, das auf Rundfahrten das historische Wien und die Errungenschaften des Roten Wien zeigen wird.

Wie jedes Jahr wird auch in vielen anderen Orten Österreichs der 1. Mai gebührend begangen werden. ■

12. Februar: Kundgebung bei der „Liesl“

Die diesjährige zentrale Wiener Kundgebung zum Gedenken an die Februarkämpfe fand diesmal vor dem Polizeigefangenenhaus Roßauer Lände statt, das unter dem Namen „Liesl“ eine unrühmliche Vergangenheit hat.

Der Vorsitzende des SPÖ-Gemeinderatsklubs Siegi Lindenmayr wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass beginnend mit dem Februar 1934 im Polizeigefangenenhaus viele Republikanische Schutzbündler und sozialdemokratische Funktionäre interniert waren, bis sie entweder an das Landesgericht oder in das Anhaltelager Wöllersdorf überführt wurden. Die Gewalt der Exekutive gegen die oppositionellen Sozialdemokraten wurde nur noch übertroffen in der Zeit, als die Gestapo die Oberhoheit über das Polizeigefangenenhaus übernommen hatte. Damals wurden viele Gegner des NS-Regimes vor ihren Vernehmungen in der Gestapo-Zentrale am Morzinplatz bereits mit Schlägen und anderen Terrormaßnahmen vorbereitet.

Der Vorsitzende des Bundes, NR a. D. Ernst Nedwed, sagte in seiner Einleitungsrede, dass in der „Liesl“ auch viele Mitglieder der Revolutionären Sozialisten, die in der Illegalität unter der Devise „Wir kommen wieder“ gegen die austrofaschistische Diktatur Aktionen gesetzt hatten, einsaßen. Unter den hier für einen Prozess Verhafteten befand sich auch Bruno Kreisky, der mit vielen anderen Revolutionären Sozialisten im sogenannten Sozialistenprozess des Jahres 1936 mutige Worte im Gerichtssaal fand. Nedwed begrüßte sodann den Appell von 97 Wissenschaftlern an die Parteien des österreichischen Nationalrats, endlich nach 76 Jahren die Verteidiger



Vizebürgermeister Dr. Michael Ludwig bei der Gedenkrede

der Demokratie des Jahres 1934, vor allem auch die vom Standgericht zum Tode verurteilten Schutzbündler, als Kämpfer für die demokratische Republik zu rehabilitieren.

Für die SPÖ Wien hielt die Hauptrede Vizebürgermeister Michael Ludwig, der in Vertretung des Landesparteivorsitzenden Michael Häupl die solidarischen Grüße an die Teilnehmer der Kundgebung überbrachte.

Vor allen an die Jugend und an die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, die nie die Opfer des 12. Februar vergessen haben und immer wieder in ihren Kundgebungen an die damaligen Ereignisse erinnerten. Ludwig rief ins Gedächtnis, dass mit dem 12. Februar auch die große Aufbauarbeit des Roten Wien brutal beendet wurde. Damals wurden Bürgermeister Karl Seitz und der gesamte Stadtsenat verhaftet und von den demokratisch

gewählten Funktionen entfernt. Ludwig begrüßte den Appell der Plattform für die Rehabilitierung der Opfer des Austrofaschismus und sagte, er erwarte so wie bei der Rehabilitierung der Opfer der NS-Militärjustiz eine klare demokratische Entscheidung.

Die von der Wiener SPÖ-Bildung vorbereitete Februar-Kundgebung, die von der Gruppe Morgenrot künstlerisch eingeleitet wurde, war trotz der großen Kälte außerordentlich gut besucht, vor allem waren viele Mandatäre und Mitglieder der sozialdemokratischen Organisationen sowie Mitglieder des Wiener Gemeinderates und der Landesregierung gekommen. Unter den Teilnehmern sah man auch den stv. Landeshauptmann von Oberösterreich Josef Acknerl und Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky.

In vielen Wiener Bezirken fanden bei den örtlichen Gedenkstätten für die Februarkämpfer Kranzniederlegungen statt.



Bei grimmiger Kälte gedachten hunderte Genossinnen und Genossen des 12. Februar 1934



Februargedenken in Krems, neue Bezirksgruppe

Eine Veranstaltung zum Februargedenken wurde in Krems-Lerchenfeld am 19. Februar durchgeführt. Genau am 76. Todestag des von den Austrofaschisten ermordeten SPÖ-Nationalratsabgeordneten Koloman Wallisch wurde an dessen Denkmal in der nach ihm benannten Straße von der Sozialistischen Jugend ein Kranz niedergelegt. Ing. Markus Kritsch hielt vor Ort eine mahnende Gedenkrede und appellierte an die Anwesenden, die Demokratie zu bewahren.

Im Anschluss wurde im Volkshaus Lerchenfeld die Gründungsversammlung für eine neue Kremser Bezirksgruppe des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten abgehalten. Im Beisein von Vbgm. Prim. Dr.

Reinhard Resch, StR Gottfried Haselmayer, GR Andrea Bergmaier, GR Karl Haselbacher aus Krems sowie GR Ingrid Schartner aus Mautern und GR Uwe Kaupper aus Mühldorf wurde der 38-jährige Kremser Mag. Klaus Bergmaier einstimmig mit dem Bezirksvorsitz betraut. Grußbotschaften von Abg. z. NR Ewald Sacher sowie von Bundes- und Landesorganisation der Freiheitskämpfer wurden verlesen.

Im Anschluss sang Dr. Angelika Sacher unter Klavierbegleitung von Klaus Bergmaier einige Lieder, die thematisch zu den Februarkämpfen von 1934 passten, darunter auch Ausschnitte aus der Koloman-Wallisch-Kantate von Bert Brecht und Hanns Eisler. Der Höhepunkt des Abends war ein profunder historischer Vortrag von Peter Ulrich Lehner,

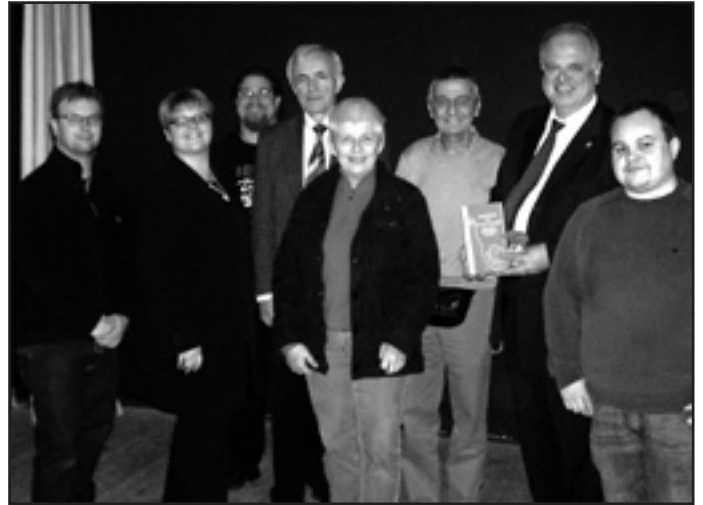


Bild v. l. n. r.: Uwe Kaupper, Andrea Bergmaier, Mag. Klaus Bergmaier, Karl Haselbacher, Ingrid Schartner, Peter Ulrich Lehner, Vbgm. Prim. Dr. Reinhard Resch, Ing. Markus Kritsch

der sowohl über das Leben Koloman Wallischs als auch über die Februarkämpfe von 1934 berichtete, in welchen die Sozial-

demokratInnen versuchten, die österreichische Demokratie vor den Austrofaschisten zu bewahren. ■

Generationswechsel in St. Pölten

Ende des vergangenen Jahres fand im Steingöttersaal der SPÖ in St. Pölten die Bezirkskonferenz der Freiheitskämpfer statt. Bei dieser wurde ein neuer Vorsitzender der Bezirksgruppe gewählt. Es ist dies Gemeinderat a. D. Harald Ludwig. Er wird die Bezirksgruppe nun gemeinsam mit Nationalrat Anton Heinzl und Gerhard Havlik sowie einem neu gewählten Vorstand weiterführen.

Der bisherige langjährige Vorsitzende, Stadtrat a. D. Egon Meyer, wurde nach einem erfolgreichen Arbeitsbericht per Akklamation zum Ehrenvorsitzenden gekürt.

Anschließend referierten der Bundesvorsitzende Ernst Nedwed über die Aufgaben der Sozialdemokratischen Freiheits-

kämpfer 60 Jahre nach ihrer Gründung und der Vorsitzende der Bezirksorganisation der SPÖ St. Pölten, NR Anton Heinzl, zu Schwerpunkten der gegenwärtigen politischen Situation. An die Referate schloss sich eine ausführliche Diskussion, die zeigte, dass es in St. Pölten eine starke Organisation und auch viel Interesse an einer aktiven Gestaltung der Politik gibt.

Die Konferenz entsandte Genesungswünsche für den zu dieser Zeit im Spital befindlichen Landesvorsitzenden, LAbg. Karl Gruber.

Wir wünschen einer der erfolgreichsten Bezirksgruppen unseres Bundes weitere Erfolge bei ihrer gerade jetzt besonders wichtigen politischen Arbeit. ■

Gedenken in Schwechat



Die Bezirksgruppe Schwechat mit Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Sepp Leitner beging in Gramatneusiedl mit einem Fackelzug die diesjährige Februargedenkfeier



Freiheitskämpfer verurteilen Rosenkranz-Aussagen

Die Opfer des NS-Regimes sind zutiefst besorgt und empört, dass FPÖ-Präsidentschaftskandidatin Barbara Rosenkranz bereits mit ihrem ersten Statement zum Präsidentschaftswahlkampf das NS-Verbotsgesetz beseitigen will“, sagte der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Abg. z. NR. a. D. Ernst Nedwed, bei einer Veranstaltung in Wien-Meidling.

Dieses Gesetz ist im Einverständnis aller antifaschistischen Kräfte nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden und ist heute ein Teil des demokratischen Grundkonsenses der Zweiten Republik. Damit sollte nach den Verbrechen des NS-Gewaltre-

gimes ein Wiedererstehen von neofaschistischen, antisemitischen und nationalistischen Bewegungen verhindert werden.

Das NS-Verbotsgesetz hat im Verlauf der Geschichte der Zweiten Republik gute Dienste geleistet. Im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Staatsvertrags ist es ein Schutzwall gegen neonazistische Zündler und nostalgische Hitlerverehrer geworden. Durch Novellierungen ist das NS-Verbotsgesetz auch ein Mittel im Kampf gegen Holocaustleugner.

So wurden österreichische Neonazis sowie ausländische Geschichtsrevisionisten, wie David Irving, die in Österreich Unruhe stiften wollten, gerichtlich verurteilt. Und gerade die-

ses Gesetz soll nach Aussagen von Frau Rosenkranz beseitigt werden.

Wer die Erklärungen von FPÖ-Politikern bisher verfolgt hat, weiß, dass es dabei auch unterschiedliche Nuancen gibt. Insgesamt ist jedoch eine Tendenz zu verzeichnen, deren extremste Aussage nun von ihrer Präsidentschaftskandidatin kommt.

Viele der Opfer des NS-Regimes wissen, dass Rosenkranz mit dieser Äußerung in der österreichischen Bevölkerung nicht mehrheitsfähig ist. Es ist jedoch schon heute die Warnung auszusprechen, dass die FPÖ-Kandidatin ihre weiteren Forderungen so verpacken wird, dass diese erste und kom-

promittierendste Aussage in den Hintergrund tritt. Deshalb ist es gut, festzuhalten, dass ihr erstes Statement ein bedenkliches ideologisches Bekenntnis ist.

Falls Barbara Rosenkranz in ihrer Schule mangelnden zeitgeschichtlichen Unterricht hatte, kann sie sich auf dem zweiten Bildungsweg informieren. Es gibt im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) eine hervorragende Ausstellung über die NS-Verbrechen gegen tausende Österreicherinnen und Österreicher sowie über den Wahnsinn und die Gräueltaten des von Nazideutschland provozierten Zweiten Weltkrieges. ■

Opferverbände erinnerten an den März 1938

Die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, der der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer angehört, erinnerte bei drei Kranzniederlegungen in Wien an die schmachvollen Tage des Einmarsches der Hitlertruppen im März 1938 und an die Verfolgungen, die sofort nach der Machtergreifung der Nazis in Österreich begannen.

Bei der Feier im Gedenkraum für die Opfer des NS-Regimes, Salztorgasse 6, am ehemaligen Standort des Gestapo-Hauptquartiers am Morzinplatz, gedachte die wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer, der Ereignisse des Jahres 1938. Schülerinnen und Schüler der AHS in der Gymnasiumstraße in Wien-Döbling ehrten die Opfer mit einem eindrucksvollen Kulturprogramm. Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände legten einen Kranz der Erinnerung nieder.

Weitere Gedenken fanden im Hinrichtungsraum des Landesgerichtes Wien und bei der Gedenktafel für die hingerichteten Mitglieder des militärischen Widerstandes vor dem Bezirksamt in Floridsdorf statt.



■ Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer im Gedenkraum für NS-Opfer

Foto: DÖW



Tirol: „Suevia“ ehrt einen Mörder der Pogromnacht 1938

Auf dem Innsbrucker Westfriedhof steht ein Denkmal der Burschenschaft „Suevia“, auf dem sie mit Worten wie „Ehre“ und „Vaterland“ ihrer Toten gedenkt. Auf der „Ehrentafel“ ist auch der Name Gerhard Lausegger eingraviert. Die Tiroler Freiheitskämpfer und Jusos fordern schon lange, dass vor dem Denkmal eine Tafel angebracht werden soll, die darauf hinweist, wer Lausegger war. Jetzt haben sie einen Vorschlag vorgelegt, der offenlegt, wer dieser Mann war. Der Text lautet:

„SS-Studentenführer Gerhard Lausegger war Mitglied jener SS-Bande, die am 10. November 1938 den Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Ing. Richard Berger brutal ermordeten. Lausegger entzog sich seiner gerechten Strafe 1947 durch seine Flucht nach Argentinien.“

Der Mord in der November-Pogromnacht blieb ungesühnt. „Innsbruck hat vor 72 Jahren keine rühmliche Rolle bei der Machtübernahme durch die Nazis gespielt“, erinnert Helmut Muigg, Vorsitzender der Tiroler FreiheitskämpferInnen. „Wir haben noch etwas gutzumachen.“ Dem folgend, forderten die SPÖ-Gemeinderäte in einem Antrag die Innsbrucker Bürgermeisterin auf, die Voraussetzungen für die Anbringung der vorgeschlagenen Zusatztafel in unmittelbarer Nähe des „Suevia“-Denkmals zu schaffen. Der Gemeinde würden durch den Antrag keine Kosten entstehen.

Der Antrag blieb bisher unbeantwortet. Die Freiheitskämpfer haben im jüdischen Teil des Friedhofs, nur einen Steinwurf vom Suevia-Denkmal entfernt, eine Gedenkfeier für die Opfer

der Pogromnacht veranstaltet; eine provisorische Tafel beim Denkmal wurde mehrmals ent-

fernt, doch, so Helmut Muigg, werden wir weiter auf unserer Forderung bestehen. ■

Schutzbundfahne gefunden



Die Tiroler Freiheitskämpfer sind stolz auf die Fahne des Republikanischen Schutzbundes. Sie wurde jahrzehntelang in einem sicheren Versteck verwahrt.

Karl-Münichreiter-Haus in Scheibbs neu eröffnet

Die Sozialistische Jugend Scheibbs betreibt nun schon seit Herbst 2004 das Jugendlokal KAMÜ (Karl-Münichreiter-Haus) in der Bezirkshauptstadt. Seit letzten Sommer befindet sich das KAMÜ nun in einem neuen Gebäude – ebenfalls wieder auf der Hauptstraße, diesmal Nummer 42.

Das KAMÜ wird von Jugendlichen selbst verwaltet und gibt der Scheibbser Jugend die Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen. Neben den Angeboten, wie Filmabenden, öffentlich beworbenen Diskussionsrunden, Fortbildungsseminaren und Workshops, wurde vor rund zwei Jahren auch ein kostenloses

Nachhilfeprojekt ins Leben gerufen. Im rauchfreien KAMÜ können sich Jugendliche ohne

Konsumzwang treffen. Benannt ist das KAMÜ nach Karl Münichreiter, Freiheitskämpfer und ge-

bürtiger Steinakirchner, der als Mitglied des Republikanischen Schutzbundes nach den Verteidigungskämpfen am 12. Februar 1934 verhaftet, vom Standgericht des Dollfuß-Regimes zum Tode verurteilt und schwer verwundet hingerichtet wurde.

Eröffnet wurde das neue KAMÜ am 12. Februar 2010, 76 Jahre nach den Februarkämpfen 1934. Begrüßungsworte sprachen Wieselburgs Bürgermeister und Bezirksparteivorsitzender, LABg. Günther Leichtfried, sowie der Scheibbser SPÖ-Stadtrat Hans Huber. Mit dabei waren die Scheibbser Bürgermeisterin Christine Dünwald und SJ-Verbandsvorsitzender Wolfgang Moitzi. ■



Das SJ-Lokal wird von den Jugendlichen selbst verwaltet



18. Josef-Hindels-Symposium: Kein Sozialis

Am 10. Februar 1990, also vor zwanzig Jahren, ist Josef Hindels verstorben. Er war der Lehrer mehrerer Generationen junger Sozialisten und Sozialistinnen und auch der Wortführer einer linkssozialistischen Kritik innerhalb der SPÖ in der Zeit von 1946 bis 1990.

Unter dem Titel „Was blieb von Josef Hindels“ diskutierten Vizebürgermeister Michael Ludwig, Freiheitskämpfer-Vorsitzender Ernst Nedwed und der Wiener SJ-Vorsitzende Stefan Jagsch unter der Moderation von Gemeinderätin Susanne Bluma.

Ernst Nedwed wies darauf hin, dass das diesjährige Symposium erstmals nicht im Bildungszentrum Praterstraße, sondern im großen Sitzungssaal des Parteihauses in der Löwelstraße stattfindet. Hindels hat hier, im Jahr 1946, seine erste Vorstellungsrede im Rahmen eines Wiener Ausschusses der Sozialistischen Jugend Wiens gehalten.

Nedwed, der damals dabei gewesen ist, berichtete über diesen eindrucksvollen Vortrag, der

den Anfang von einem langjährigen Engagement Josef Hindels' in der Bildungsarbeit darstellte. Er wurde als SJ-Bildungssekretär und später als Gewerkschafter und als Sprecher der Freiheitskämpfer ein geschätzter Mentor für die junge Generation in der Sozialdemokratie, die Ideen und neue Wege suchte. Vor allem wurde er der erste und von wenigen übertrifftene Aufklärer in Fragen Faschismus, Neonazismus und Kampf gegen den Antisemitismus. Auf den SPÖ-Parteitagen war seine linke Kritik unüberhörbar.

Michael Ludwig erinnerte daran, dass er in seiner ersten Funktion als Literaturreferent des Wiener Bildungsausschusses aus einem reichen Sortiment von Broschüren und Büchern aus Josef Hindels' Feder schöpfen konnte. Er erwähnte auch sein großes Interesse für die Bildung junger Menschen und dass er besonders das Jugendkontaktkomitee der Sozialistischen Freiheitskämpfer förderte. Vor allem gab es immer eine ausgesprochen hervorragende Zusammenarbeit zwischen den



Die Teilnehmer des Podiums: neue Projekte gegen rechts

Freiheitskämpfern und der Wiener Bildungsorganisation, z. B. bei den Februar- und Antifaschismuskundgebungen, die damals meistens in den Sälen stattgefunden haben. Vor allem auch sein Wirken in der Parteischule bleibt für viele seiner Schüler und Schülerinnen unvergessen.

Stefan Jagsch, der natürlich Josef Hindels nicht mehr persönlich kennenlernen konnte, berichtete über die Herausgabe einiger Schriften, wie z. B.: „Warum sind wir Sozialisten?“ oder an die Gegenwart angepasster Materialien zum 12. Februar 1934 und zum März 1938, die heute zu wichtigen Grundlagenmaterialien der Sozialistischen Jugend gehören. Von Hindels sei bekannt, dass er sich auf Parteitagen und in der Öffentlichkeit immer stark dafür eingesetzt hat, dass nicht nur die Tagespolitik, sondern auch die Perspektive auf eine neue, veränderte soziale Gesellschaft gesehen wird. Auch in der Friedenspolitik war Hindels hervorragend engagiert.

Nach der Publikumsdiskussion verlas Nedwed einen Teil eines letzten Briefes an den Bundesvorstand der Freiheits-

kämpfer, in dem sich Hindels klar zu Otto Bauer, aber auch zu einer Abgrenzung von den Kommunisten aussprach. Seine Schlussfolgerung war: Es gibt keinen Sozialismus ohne Demokratie.

Bei der einleitenden Begrüßung durch Vizebürgermeister Michael Ludwig wurde das neu im Verlag Edition va bene erschienene Buch von Alfred Heinrich und Alfred Kohlbacher, „Hitlers Weltbild“, das mit Förderung der Freiheitskämpfer und der Wiener Bildung entstanden ist, vorgestellt.

Am Samstag war das Thema des Symposiums: „Aktiv für Toleranz“.

Nach einer Eröffnung durch den Vorsitzenden des Wiener Bildungsausschusses Ernst Wolfer referierten: Mag. Thomas Kvicala und ao. Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell, „Die Sprache der Rechten – eine Analyse der Rhetorik und Pressearbeit des rechten Lagers“. In der anschließenden Diskussion unter der Leitung von Bildungssekretär Marcus Schober wurden neue Anregungen zu diesem Thema aufgegriffen.



M. Ludwig, S. Jagsch, S. Bluma und E. Nedwed



mus ohne Demokratie



Josef-Hindels-Symposium im SPÖ-Sitzungssaal Löwelstraße

Zum Abschluss dieses Symposiums präsentierte Abg. z. NR Petra Bayr aktuelle Projekte gegen rechts:

Fabian Looman, Landessekretär der Sozialistischen Jugend Wien, referierte über das Netzwerk der Sozialistischen Jugend Wien zu aktuellen Fragen des Kampfes gegen rechts.

Mag. Brigitte Lendl erläuterte das projektXchange, das Folgen bezweckt:

Interessante Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund aus den Bereichen Medien, Kunst, Kultur und Wirtschaft sprechen mit Jugendlichen über ihr Leben, über Chancen, über Ziele und über Potenziale, die in jedem Einzelnen stecken. Das Projekt hat bislang insbesondere mit Schulen kooperiert, wo es großen Anklang gefunden hat. Fremd- und Feindbilder werden unter die Lupe genommen, ein Raum, in dem die Jugendlichen sich wahr- und angenommen fühlen, wird kreiert. Oft sind bereits nach einem zweistündigen Workshop an den Schulen deutliche Veränderungen sichtbar. Junge Menschen mit Migrationshintergrund steigern ihre schuli-

schen Leistungen, fremdenfeindliche Grundtendenzen werden an die Oberfläche gehievt und können dann konkret bearbeitet werden. Es entsteht nicht selten ein offenerer Umgang in der Klassengemeinschaft, die Chancen in der Vielfalt werden erkannt und das Miteinander wird gestärkt.

Harald Havas präsentierte zum Abschluss ein außerordentlich originelles Projekt: „Comics gegen Rechts“: Das ist eine Ende Mai 2009 gegründete Initiative österreichischer Comic-Zeichnerinnen und -Zeichner, deren Ziel es ist, ein Zeichen gegen rechte und rechtsextreme „Ausrutscher“ und Manifestationen aller Art, sei es von Politikern oder anderen Personen, zu setzen.

Zu diesem Zweck werden auf der Website www.comicsgegenrechts.at Comics, Cartoons und Comic-Strips (nicht ausschließlich) österreichischer Zeichner und Zeichnerinnen publiziert, die dem etwas entgegensetzen wollen – ohne auf dasselbe polemische bis hassefüllte Niveau zu sinken, das von rechter bis rechtsextremer Seite zu Themen wie etwa Integration, Solidarität oder EU zu hören und zu lesen war und ist. ■

Hitlers Weltbild – grausam und lächerlich

Noch ein Hitlerbuch? Ja, noch ein Buch, weil es notwendig ist! Weil die Wahnideen dieses Verbrechers 65 Jahre nach seinem feigen Selbstmord, mit dem er sich aus der Verantwortung für den von ihm angezettelten Krieg und den Massenmord gestohlen hat, wieder eine perverse Attraktivität gewinnen. Rassismus, Fremdenhass, Verletzung der Menschenrechte, Missachtung des Völkerrechts, autoritäre Tendenzen, nationaler und religiöser Fundamentalismus und die Bereitschaft, nationale oder ökonomische Interessen mit Mitteln der Gewalt durchzusetzen, zählen heute wieder zu den Ingredienzien mancher staatlicher Politik, zum Gedankengut rechtsradikaler Parteien und mancher Mitbürgerinnen und Mitbürger hierzulande, in Europa und in der Welt. Gewissenlose Ewiggestrige und rassistische Hetzer versuchen, junge Menschen für dieses menschenverachtende Gedankengut zu gewinnen. Sie versuchen, den Tyrannen und das Nazisystem zu heroisieren und Hitler als Märtyrer hinzustellen.

Deshalb ist dieses Buch notwendig; geschrieben und gezeichnet von zwei Aktivisten unseres Freiheitskämpferbundes. Die Autoren entlarven Hitler anhand seiner eigenen Aussagen. Der „Guglhupf“-Texter Alfred Heinrich kommentiert die Hitlersprüche und der Karikaturist Kohlbacher stellt deren giftige Mischung aus Grausamkeit und Lächerlichkeit grafisch dar.

Alfred Heinrich/Alfred Kohlbacher,
Hitlers Weltbild (mit Cartoons)
Das Buch ist u. a. in der SPÖ-Buchhandlung,
Löwelstraße 18, um € 19,80 zu beziehen.





Konferenz des Wiener Landesv

Die Wiener Landeskonferenz fand am 15. Jänner 2010 im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien statt. An der Konferenz nahmen zahlreiche Gäste aus den sozialdemokratischen Organisationen teil, vor allem Vizebürgermeister Michael Ludwig, der auch Vorstandsmitglied der Freiheitskämpfer ist, wurde herzlich akklamiert. Namens des KZ-Verbandes begrüßte Albert Dlabaja die Landeskonferenz, für die Bundesländer sprach der Vorsitzende des oberösterreichischen Landesverbandes, Peter Weidner.

Zu Beginn wurden zwei Genossen vom Bundespräsidium der Freiheitskämpfer mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet, und zwar Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz und Ossi Bazant. Ernst Nedwed sagte in seiner Laudatio, dass beide Genossen von ihrer Zeit in den Jugendorganisationen an engagierte und aktive Antifaschisten waren. Die Freiheitskämpfer hatten in Harry Kopietz auch einen echten Freund, der als langjähriger Wiener LandesparteiSekretär ihre Arbeit stets unterstützte, Ossi Bazant hat durch seine Funktion bei den Roten Falken und dann später in der internationalen Solidaritätsbewegung immer eng mit den Freiheitskämpfern zusammengearbeitet. Beide Genossen waren in wichtigen Bereichen der Volksbildung tätig, in denen der Kampf gegen den Ungeist von rechts stets ein wichtiges Anliegen war.

Landesvorsitzender Ernst Nedwed legte einen umfassenden Bericht über die vergangenen fünfzehn Jahre ab, in denen er den Landesverband Wien geleitet und in Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen und vor allem der Wiener Bildung

nisse der Gegenwart angepasst hat. Er dankte insbesondere den Mitgliedern des Präsidiums und des Vorstandes sowie den Bezirksgruppen, die diese Arbeit mit vollem Elan unterstützt haben. Besonders dankte er dem langjährigen Wiener Bildungssekretär Michael Ludwig, ohne dessen Mithilfe viele Aktivitäten in den letzten fünfzehn Jahren nicht möglich gewesen wären.

Nedwed verwies auf den vorliegenden schriftlichen Bericht, der auch erstmalig die Detailberichte aus den Bezirken enthielt.

Ernst Nedwed sagte zum Abschluss, dass der Landesverband Wien der größte des Bundes ist und ihm deshalb als dem jetzigen Bundesvorsitzenden sehr viel daran liegt, dass diese erfolgreiche Arbeit der letzten fünfzehn Jahre fortgesetzt wird. Er sieht in dem designierten Prof. Hannes Schwantner einen Garanten dafür und sagte zu, dass man im Wiener Landesverband weiterhin mit seiner Unterstützung rechnen kann.



Delegierte der Wiener Landeskonferenz

Nach den weiteren Berichten und einer kurzen Diskussion wurde der neue Landesvorstand wie folgt gewählt.

In das Präsidium: Landesvorsitzender Hannes Schwantner, stv. Landesvorsitzende: Ernst Nedwed, Herta Slabina, Stefan Schmid; Finanzreferent: Ernst Frühauf, stv. Finanzreferentin: Dagmar Casagrande.

Weitere Präsidiumsmitglieder: Peter Lhotzky, Alfred Kohlbacher, Jonny Moser und Wilhelm Wagner.

Vorstandsmitglieder: Julius Aufrichtig, Sabine Baris, Hans Brosch, Franz Burda, Kurt Cizek, Rudolf Gelbard, Eduard Giffinger, Jürgen Hirsch, Hannelore Hoyda, Ernst Jaritz, Peter Ulrich Lehner, Theodor Maier, Alfred Mansfeld, Johann Mauritz, Gerda



Verleihung der Otto-Bauer-Plaketten an Ossi Bazant und Prof. Harry Kopietz



erbandes: Erfolgreiche 15 Jahre



Präsidium: H. Schwantner, E. Nedwed, H. Slabina, S. Schmid

Neudecker, Ernst Outolny, Andreas Sarközi, Hans Schiel, Franz Sperl, Gilbert Wasserberger.

Rechnungsprüfer: Kurt Heinrich, Theo Hornung, Rudolf Karnik, Walter Lettner, Waltraude Lichen.

Zu den bisherigen Ehrenmitgliedern Rosa Heinz, Fritz Hofmann und Hans Waschek wurden folgende neue Ehrenmitglieder gewählt: Leopold Jappel, Christine Kaplan und Ludwig Kolin.

Hannes Schwantner dankte für die Wahl und dem bisherigen Landesvorsitzenden Ernst Nedwed, der ja im Wiener Präsidium weiterhin mitarbeiten wird. Schwantner kündigte an, dass er eine Tour durch die Bezirke machen wird und dass er bei einer der nächsten erweiterten Vorstandssitzungen seine Arbeitspläne vorlegen wird.

Anschließend hielt Vizebürgermeister Michael Ludwig das Hauptreferat. Er überbrachte die Grüße der Wiener SPÖ, vor allem des Landesparteivorsitzenden Michael Häupl. Ludwig befasste sich vor allem mit Fragen der Bildungspolitik und Maß-

nahmen einer sozialdemokratischen Stadtpolitik, die den Zusammenhalt zwischen verschiedenen Gruppen von Bürgern fördern sollen. Die Wiener SPÖ steht in diesem Jahr vor großen Aufgaben, es gehe vor allem darum, den Menschen verständlich zu machen, was die Wiener Politik an sozialem Inhalt zu bieten hat. Deshalb werden alle sozialdemokratischen Organisationen eine wichtige Rolle übernehmen müssen, nämlich dafür Sorge zu tragen, dass die großen Chancen einer weltweit wegen ihrer Lebensqualität anerkannten Hauptstadt auch in Hinkunft

vernünftig genutzt werden können. Was in Wien auf dem Gebiet der Kultur, des Wohnens und der Gesundheit geschaffen wurde, kann sich international sehen lassen. Wir sind in vielen Bereichen an der Spitze. Ludwig erwähnte dann auch die jahrelange Zusammenarbeit zwischen den Freiheitskämpfern und der SPÖ-Bildungsorganisation und hob vor allem die wichtige Arbeit der politischen Bildung hervor.

Nach einer interessanten Diskussion wurde eine Resolution beschlossen, aus der folgende Absätze zitiert werden:

Wir stehen am Anfang eines Jahres der schärfsten Auseinandersetzungen um die von Sozialdemokraten verwaltete und gestaltete Stadt Wien. Eine in sich zerstrittene, aber in Fragen der Diffamierung der SPÖ geschlossene Phalanx der Wiener Oppositionsparteien, von Grün bis Blau, versucht die absolute Mehrheit der Sozialdemokratie in Wien, einer Metropole mit der weltweit höchsten Lebensqualität, zu beseitigen. Persönliche Untergriffe und der Missbrauch objektiver Problemfelder z. B. in der Integrationsfrage dienen den

Rechtsparteien nur als Mittel, um endlich das in ihren Augen schon zu lange rot regierte Wien in eine Stadt mit ungewisser Zukunft zu verwandeln.

Aber was haben sie zu bieten? Demagogie pur, Forderungen ohne Bedeckungsvorschläge und reale Umsetzungsmöglichkeiten. Wenn der Chef des sogenannten vereinigten „dritten Lagers“, der sich gerne als Wiener Bürgermeister sähe, jenen Sumpf aus Kärnten nach Wien bringen möchte, wird er am Widerstand der Wiener Bevölkerung scheitern.

Gerade deshalb ist es zu begrüßen, dass die sozialdemokratische Verwaltung der Stadt Wien in einigen durch die besonderen Entwicklungen entstandenen Problemfeldern energische Maßnahmen setzt, um der Bevölkerung zu zeigen, dass nicht Hetze, sondern reale Umsetzung zum Ziel führt – vor allem auch, um den Zusammenhalt der Wienerinnen und Wiener zu fördern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hören auf die Stimmen der Wählerinnen und Wähler und werden deshalb die Volksbefragung mit voller Kraft unterstützen. Die sozialdemokratische Stadtpolitik mit ihrer hervorragenden Bilanz und ihren klaren Konzepten in der Planung und in der Umsetzung wird verstärkt demokratisch legitimiert sein, um in den kommenden Jahren weitere Erfolge anzupfeilen.

Wir Freiheitskämpfer, die auf einem besonderen Feld der politischen Aufklärung tätig sind, werden in diesem Jahr unsere ganze Kraft für die Unterstützung des „roten Teams“ im Rathaus einsetzen. Jede neue Idee des ideologischen und tagespolitischen Kampfes muss genutzt werden, um die zu erwartenden Hassorgien in Wien energisch abzuwehren.



Bundesländer-Gäste: Alfred Zach (NÖ), Peter Weidner (OÖ)



Wöllersdorf – Schande des Austrofaschismus

Mit der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 beschritt Bundeskanzler Engelbert Dollfuß offen den Weg der Ersetzung der österreichischen Demokratie durch einen autoritären Kurs. Die Forderung der Sozialdemokraten nach Neuwahlen verwarf er. Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei begann die Knebelung aller politischen Gegner von Christlichsozialen und Heimwehr. Der Republikanische Schutzbund wurde aufgelöst, dann wurde die NSDAP nach Terroranschlägen verboten. Mit dem Blick auf Hitler, der nach seiner „Machtergreifung“ im bayrischen Dachau sein erstes Konzentrationslager errichten ließ, suchte auch Dollfuß einen ähnlichen Weg, um auf bloßen Verdacht „staats- und regierungsfeindlicher Bestrebungen“ politische Gegner ohne Gerichtsurteil einzusperren. Nachdem Dollfuß am Katholikentag am 11. September „einen sozialen, christlichen Staat auf ständischer Grundlage unter autoritärer Führung“ angekündigt hatte, suchte seine Regierung ein Anhaltelager und bestimmte dafür das Areal der stillgelegten k. u. k. Munitionsfabrik in Wöllersdorf. Die Landbund-Vertreter in seiner Koalition lehnten seinen Antrag ab mit der Erklärung, man wol-

le in einem Land der Zivilisation bleiben und nicht die deutschen Methoden nachahmen; sie blieben freilich gegenüber dem Drängen der Heimwehrminister in der Minderheit und schieden aus dem Kabinett aus.

Als erste Häftlinge wurden am 17. Oktober 1933 elf Nazis in das „Anhaltelager“ gebracht; ihnen folgte eine Anzahl von Kommunisten. Als Delikt „geistige Führerschaft“ genügte auch schon das Verteilen von KP-Flugblättern oder das Streuen papierener Hakenkreuze. Mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Februar 1934 füllte sich das Lager zusehends mit unzähligen Mandatären und Vertrauensleuten der SDAP, auch wenn vielen von ihnen gar keine Beteiligung an den Februarkämpfen nachgewiesen werden konnte. Nach dem Putschversuch im Juli 1934 kam ein neuer Nazi-Schub nach Wöllersdorf. Ihr Glück war, dass sie nicht nach Hitlers KZ-Methoden behandelt wurden – es wurde nicht gehungert, gefoltert und gemordet. Allerdings gab es Schikanen, und ihnen fiel der sozialdemokratische Schulreformer Otto Glöckel zum Opfer. Schon im Roßauer Polizeigefängnis erkrankt, wurde der 60-Jährige im Februar nach Wöllersdorf gebracht und trotz ärztlicher Gutachten und Gna-



Foto: DÖW

Im Jahr 1974 wurde das Mahnmal auf dem Gelände des austrofaschistischen Anhaltelagers Wöllersdorf errichtet

den gesuchten von Politikern erst Ende Oktober entlassen. Wenig später starb er – „eines der tragischsten Opfer der austrofaschistischen Anhaltung“ (so Pia Schölnberger, die derzeit an ihrer Dissertation über Wöllersdorf arbeitet).

Das Ziel der „Erfinder“ von Wöllersdorf – nämlich die Strukturen der illegalen Parteien entscheidend zu schwächen – erfüllte sich in keiner Weise. Das beschrieb z. B. der Gauleiter der illegalen NSDAP im Burgenland, Tobias Portschy, so: „Der Aufenthalt im Anhaltelager war für begeisterte Nationalsozialisten durchaus erträglich.“ In den großen Hallen fanden Besprechungen und sogar Schulungsabende statt. Auch die Angehörigen des

illegalen Zentralkomitees der KPÖ konnten regelmäßig Kurse in marxistischer Theorie abhalten.

„In Wöllersdorf angehalten zu sein bedeutete vor allem, von einem faschistischen Unrechtsregime des Menschenrechts auf persönliche Freiheit beraubt zu sein ... Die den Häftlingen auferlegten Schikanen bestanden in der Ausübung psychischer Gewalt, dem langen Getrenntsein von den Angehörigen, dem Nichtstun, dem Zusammengepferchtsein“ (Schölnberger). Dazu kam die Sorge vieler Gefangener um ihre Familien, denen der Erhalter fehlte. Weder im Lager, noch außerhalb konnte das Schuschnigg-Regime die illegalen Apparate lahmlegen. ■

65 Jahre danach: Mauthausen-Befreiungsfeier

Die diesjährige Mauthausen-Befreiungsfeier findet am Sonntag, dem 9. Mai 2010, statt. 65 Jahre nach der Befreiung dieses NS-Konzentrationslagers durch die Truppen der amerikanischen Armee steht die Jugend im Mittelpunkt. Daher findet ein internationaler Jugendgedenkmarsch statt, bei der die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaftsjugend, der Katholischen Jugend und der Sozialistischen Jugend zu Wort kommen werden.

Die sozialdemokratische Kundgebung bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek und die sozialdemokratischen Opfer in den Konzentrationslagern findet um 10 Uhr statt. Es sprechen der stv.

Landeshauptmann von OÖ, Josef Acknerl, und der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, NR a. D. Ernst Nedwed.

Die Landesverbände Oberösterreich, Tirol und Wien führen Busse zu dieser Befreiungsfeier. Bis zum 30. April können in den Landesverbänden die Anmeldungen entgegengenommen werden. Alle unsere interessierten Mitglieder sind zur Teilnahme eingeladen.

LV Oberösterreich: Tel. 0732/78 30 88 oder 0664/533 88 29

LV Tirol: Tel. 0512/5366

LV Wien: Tel. 01/534 27-277

oder per E-Mail: kaempfer@spoe.at



SP-Bundesrat gedenkt Otto Felix Kanitz'

Bei der am 9. März erfolgten Kranzniederlegung bei der Gedenktafel für Otto Felix Kanitz, den sozialdemokratischen Vordenker, Pädagogen und Bundesrat, erklärte namens der SP-Bundesratsfraktion deren Vorsitzender Albrecht K. Konecny: „Wir werden in wenigen Monaten die 90. Wiederkehr der ersten Sitzung des Bundesrates feiern. Es wäre verfehlt, nicht daran zu erinnern, dass es eine Phase in der Geschichte des österreichischen Parlamentarismus gegeben hat, in der nur der Bundesrat seine Stimme zur Erhaltung der Demokratie erheben konnte. Der Nationalrat war zu diesem Zeitpunkt durch den Austrofaschismus bereits ausgeschaltet. In dieser Zeit war Kanitz einer der wichtigsten Sprecher für die Erhaltung der österreichischen Demokratie.“

Kanitz wurde am 5. Februar 1894 in Wien geboren. Sehr früh begann er sein Engagement für die Kinder- und Jugendarbeit

der Sozialdemokratie. Schon mit 17 Jahren war er bei den Österreichischen Kinderfreunden tätig. 1918 wurde er pädagogischer Referent bei den Wiener Kinderfreunden. Er selbst begann nach erfolgreichem Abschluss der Externistenmatura sein Studium der Philosophie und Pädagogik, welches er 1922 abschloss. 1919 gründete er die erste „Kinderrepublik“ Österreichs in Gmünd, in der über Kindervertrauensleute und mit einer Vollversammlung erste Formen der Kindermitbestimmung erarbeitet wurden. Von 1919 bis 1924 war er Leiter der Schönbrunner Erzieherische Schule der Kinderfreunde. 1921–1934 war Kanitz leitender Redakteur der noch heute existierenden Zeitschrift „Die Sozialistische Erziehung“. 1932–1934 war Kanitz Mitglied der sozialdemokratischen Bundesratsfraktion. Er wurde 1938 von der Gestapo verhaftet und zwei Jahre später im Konzentrationslager Buchenwald ermordet.



■ Bundesrat Prof. Albrecht K. Konecny

NS-Volksgericht: Ein letzter Brief

Am 13. März 1944 wurde der Widerstandskämpfer Eduard Göth wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ im Landesgericht Wien hingerichtet. Sein mutmaßlicher Denunziant Karl Slanina wurde 1945 vom Volksgericht Wien nach dem Kriegsverbrechergesetz angeklagt, es konnte ihm jedoch nichts nachgewiesen werden. Im Verfahrensakt von Slanina befinden sich Briefe, die Eduard Göth in seiner Gefangenschaft verfasst hat. So schrieb er seinem Sohn Erwin: „Ich fühle mit dir – da ich hier im Gefängnis sitze – freudlos, getrennt von dir, deinem Bruderlein und deiner lieben Mutter. Bis du groß sein wirst,

wirst du verstehen, warum das alles so sein musste, dann wirst du verstehen, um was dein Vater gekämpft hat, und wirst mir verzeihen, mir, deinem Papa, dessen letzter Gedanke dir gilt.“

Dieses ist eines der gezeigten Dokumente einer Kleinausstellung des Wiener Stadt- und Landesarchivs unter dem Titel „Verhaftet. Verurteilt. Davongekommen“, in der Gerichtsakten des Volksgerichts erstmals der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Ausstellung kann bis 28. Mai im Foyer des Archivs, 11., Guglgasse 14/5, bei freiem Eintritt während der Öffnungszeiten besichtigt werden. Telefon: 01/4000-84834. ■

Deutsche Stiftung: Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Bundeskanzler Schröder und die rot-grüne Regierung hatten der beabsichtigten Gründung einer staatlichen Stiftung, angeregt durch die CDU-Abgeordnete Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, eine Abfuhr erteilt. Dies auch in Hinsicht auf das erforderliche gute Verhältnis zu dem im Jahr 1939 von Nazi-Deutschland überfallenen Polen.

Aber Bundeskanzlerin Merkel hat bereits in der schwarz-roten Koalition begonnen, dieses Projekt weiterzuentwickeln. Nun dürfte es zu einer Gründung kommen. Daran gab es viel Kritik – nicht nur im Ausland. ■

Nun haben die Religionsgemeinschaften eine grundsätzliche Zustimmung gegeben. Allerdings hat der Vizepräsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Salomon Korn, die Kritik auf den Punkt gebracht: Die historische Darstellung darf nicht im Jahr 1945 beginnen, sondern es gibt auch eine Vorgeschichte, nämlich die Verbrechen der Nationalsozialisten und ihre Kriegspolitik, die letzten Endes diese Vertreibungen ausgelöst haben. Außerdem hat Korn verlangt, dass nicht nur deutsche, sondern auch internationale Experten und Historiker einbezogen werden. ■



Abschied von Johanna Dohnal



Am 20. Februar 2010 hörte das Herz von Johanna Dohnal zu schlagen auf. Wir dürfen ihrer nicht nur als eine gedenken, die für die Frauen ein Herz hatte, sondern auch ihren Kopf für deren Gleichberechtigung erfolgreich mit Mut und Konsequenz einsetzte. Am 14. Februar 1939 als uneheliche Tochter einer Fabrikarbeiterin geboren, trat sie früh der SPÖ bei, wurde Bezirksrätin und danach Frauensekretärin der SPÖ Wien. Sie wurde zur Leitfigur einer neuen Frauenpolitik, was ihr bald Anerkennung, aber auch Anfeindungen eintrug. 1979 wurde Johanna Dohnal von Bundeskanzler Kreisky als Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen in die Regierung geholt. Engagiert im Kampf um die Fristenlösung, gehen ihre politischen Zielsetzungen weit darüber hinaus. Sie thematisiert viele Problemfelder, die die Gleichstellung der Frauen noch behindern, z. B. beim Gewaltschutz, bei der Frauenförderung oder im Ehe- und Familienrecht. 1990 wurde sie zur ersten österreichischen Frauenministerin berufen (bis 1995). Ihr Leitspruch war: „Die Vision des Feminismus ist nicht eine weibliche Zukunft. Es ist eine menschliche Zukunft.“ Als Freiheitskämpfer gedenken wir ihrer auch als konsequenter Antifaschistin.

Ein Habsburger-Versuchsballon?

Wenige Monate vor dem Termin der Bundespräsidentenwahl ist es Herrn Ulrich Habsburg eingefallen, dass auch er als Bundespräsidentenskandidat auftreten könnte.

Das verhindert allerdings ein Gesetz, mit dem alle Mitglieder des Hauses Habsburg von der Wahl zum höchsten Amt der Republik ausgeschlossen sind. Die Bemühungen dieses grünen Gemeinderates aus Kärnten um sechstausend Unterstützungserklärungen waren ohnehin mühsam und kaum erfolgreich.

Viele denkende Österreicherinnen und Österreicher vermuten, dass es hier nicht um einen aussichtslosen Kampf und die Funktion des Bundespräsidenten geht, sondern es scheint dies ein Versuchsballon zu sein, um die Habsburgergesetze aufzuweichen und damit auch Enteig-

nungen des Jahres 1918, die im Interesse der Opfer des Ersten Weltkriegs vorgenommen wurden, rückgängig zu machen.

Vom niederösterreichischen Landesverband der Freiheitskämpfer ist sofort ein Protestschreiben ergangen, in dem es u. a. heißt: „Wirklich gewollt und tatkräftig aufgebaut wurde unsere Republik von sozialdemokratischen Politikern, unseren Vorkämpfern, Dr. Victor Adler, Karl Renner, Ferdinand Hanusch und Adelheid Popp. Sie stehen für die Gleichheit der Menschen in Österreich und für eine Ablehnung jedes Vorzugs der Geburt. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass mit der geplanten Zulassung der Habsburger zur Wahl die erste Türe aufgemacht wird, um die alten Privilegien des Adels in Österreich wieder herzustellen. Dies lehnen wir als demokratische Sozialisten und Verteidiger

des republikanischen Prinzips ausdrücklich ab.“

Obwohl die Parlamentsfraktionen der Grünen und der ÖVP viel „Verständnis“ für Herrn Ulrich Habsburg zeigten und bereit gewesen wären, das Habsburgergesetz in der Frage der Präsidentschaftskandidatur abzuändern, hat SPÖ-Klubobmann Josef Cap eine Behandlung dieses angeblich „mensenrechtlichen“ Wunsches mit klaren Worten abgelehnt. Es besteht seiner Ansicht nach der Verdacht, dass auf diese Art und Weise auch andere Bestimmungen der Habsburgergesetze obsolet werden sollten.

Im Übrigen hat sich Herr Habsburg in einigen Interviews Blößen gegeben, die trotz aller Bekenntnisse zur Republik nur ein Staunen auslösen können.

Ernst Nedwed

Ende der Diskriminierung

Am 17. November 2009 hat der Ministerrat das Gesamtpaket zur eingetragenen Partnerschaft beschlossen. Die Diskussionen und Vorbereitungen für ein Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft beschäftigen Österreich bereits seit einiger Zeit. Dieses Gesetz ist ein wichtiges Signal der politischen Willensbildung in Österreich und stellt einen wichtigen Schritt in Richtung Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben in Österreich dar.

Erstmals erfolgt die gesetzliche Anerkennung einer Beziehung zwischen zwei Männern oder zwei Frauen. Damit wird der erste Schritt in Richtung einer Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften getan.

Natürlich konnte mit der ÖVP nicht alles umgesetzt werden. Warum gleichgeschlechtlichen Paaren das Standesamt verschlossen bleibt, ist nicht nachvollziehbar. Gerade vonseiten unserer Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek wurden mehrere zielführende Vorschläge an die ÖVP herangetragen. Vorschläge, bei deren Annahme die ÖVP keinen Gesichtverlust erlitten hätte – doch blieb die ÖVP stur und uneinsichtig.

SPÖ und SoHo hatten es sich bei der Entscheidung, diesem Gesetzesentwurf zuzustimmen, nicht leicht gemacht – und schlussendlich aber im Gesamtinteresse von Österreichs Lesben und Schwulen dafür entschieden.

Es ist wichtig, ein Rechtsinstrument in Händen zu haben, das mit seinen Begleitgesetzen eine völlige Gleichstellung vorsieht. So werden – um nur ein paar Beispiele zu nennen – Lebenspartner im Pensionsrecht, im Sozialversicherungsrecht, im Beamtendienstrecht, im Fremdenrecht, im Ausländerbeschäftigungsgesetz Eheleuten gleichgestellt.

Nach der Beschlussfassung des Gesetzes im Dezember und der nachfolgenden Behandlung im Bundesrat ist das Gesetz mit 1. Jänner 2010 in Kraft getreten. Wir sind zuversichtlich, dass ein Stück 21. Jahrhundert nunmehr auch in Österreich Einzug hält.

Peter Traschkowitsch



SS-Opfer unter Kasernenboden – Darabos: Aufarbeitung Pflicht

Aufarbeitung Pflicht – „Ich halte es für wichtig und richtig, unsere Geschichte aufzuarbeiten und im Zuge dieser Aufarbeitung unsere politische, moralische und ethische Verpflichtung aufzuzeigen“, betonte Verteidigungsminister Norbert Darabos bei der Präsentation der Untersuchungsergebnisse über die Ereignisse in der ehemaligen SS-Kaserne Wetzelsdorf in Graz gegen Ende des Krieges. Aufgrund der Vermutung, dass sich auf dem Gelände der heutigen Belgier-Kaserne in Graz, der früheren SS-Kaserne Wetzelsdorf, noch sterbliche Überreste von Personen befinden, die von der SS gegen Ende des Krieges ermordet wurden, wurde dieses Projekt 2008 vom Verteidigungsminister in Auftrag gegeben und kürzlich abgeschlossen.

Darabos sieht es als seine Pflicht an, dass die Verbrechen, die während des NS-Regimes begangen wurden, untersucht



Foto: Peter Ulrich Lehner

**Verteidigungsminister Norbert Darabos:
Untersuchung politisch und moralisch unabdingbar**

und genauestens aufgearbeitet werden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass in Österreich gerade eine Diskussion um Bewerber für das höchste Amt im Staat geführt werde, die sich nicht in adäquater Weise von den Verbrechen der Nationalsozialisten distanzieren, so Darabos, der betonte: „Das

Forschungsteam mit Dieter Binder, Georg Hoffmann und Nicole-Melanie Goll hat die Vorgänge in der Kaserne von März und April 1945 genau untersucht und rekonstruiert. Das Forschungsteam hatte erstmals Zugang zu Archivbeständen in den USA, die bisher gesperrt waren, erhalten.“

Durch neu ausgewertete Luftbildaufnahmen kann mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass sich auf dem Areal der jetzigen Belgier-Kaserne in Graz in ehemaligen, zugeschütteten Bombenkratern die sterblichen Überreste von Opfern des NS-Regimes befinden. Des Weiteren werden die sterblichen Überreste von alliierten Soldaten in den Bombenkratern vermutet. „Die notwendige Weiterverarbeitung der Kenntnisse bedarf nun eines koordinierten Vorgehens mit den hierfür verantwortlichen Ministerien wie Innen-, Außen- und Justizministerium“, betont Darabos.

Wir müssen den Opfern und ihren Familien Respekt zollen. Auch Österreich müsse sich der Verantwortung, die es für die Vorgänge zwischen 1938 und 1945 zu tragen hat, stellen. „Auch wenn es vielleicht manchen in Österreich nicht gefällt, so haben wir doch eine Mitschuld zu tragen.“ ■

„Braune Flecken“ im Nationalrat

Der Wiener Politikwissenschaftler Walter Manoschek hat auf der offiziellen Homepage des Parlaments in den dort veröffentlichten Biografien der Parlamentarier seit 1918 Auslassungen entdeckt, die er als „hochgradige Geschichtsklitterung“ bezeichnet. Die NS-Vergangenheit einiger Abgeordneten wird dort verschwiegen.

So saß der 1992 verstorbene Kärntner Siegmund Burger von 1970 bis 1982 für die ÖVP

im Nationalrat. Verschwiegen wird, dass Burger während der NS-Zeit Untersturmführer bei der Waffen-SS war. Die Biografie wird mit „aktiver Offizier“ (Oberleutnant) geschönt.

Auch im Lebenslauf des Dornbirner Industriellen Rudolf Hämmerle, 1962 bis 1970 ÖVP-Mandatar, fehlt, dass er schon 1931 SS-Mitglied und ein Jahr später Mitglied der NSDAP war.

Die Eigentümer von F. M. Hämmerle, so der Historiker Ha-

rald Walser, „arisierten“ 1938 mit einem Kompagnon das Wiener Großkaufhaus Herzmansky.

Lücken in den Biografien finden sich nicht nur bei ÖVP-Mandataren, sondern auch bei SPÖ und FPÖ. Verschwiegen wird beim späteren Verteidigungs- und Innenminister Otto Rösch seine bereits 1970 vom „Spiegel“ aufgedeckte NSDAP-Zugehörigkeit.

Selbst beim Langzeitobmann der Freiheitlichen Friedrich Peter wird kein Wort über seine

NSDAP-Mitgliedschaft, seine Zeit in der 1. Infanteriebrigade der Waffen-SS und seine Zeit im amerikanischen Anhaltelager Glaserbach für Nationalsozialisten erwähnt.

Walter Manoschek: „Das Parlament würde gut daran tun, seine Homepage auf weitere Fälle untersuchen zu lassen.“ Vom Büro von Nationalratspräsidentin Prammer heißt es: „Das Problem ist prinzipiell bekannt.“ Nun werde ein eigenes Team eine Lösung erarbeiten. ■



Kinderfreunde aktiv gegen Faschismus

Die Wiener Kinderfreunde sind eine Familienorganisation mit klaren Werten. Die Erziehung in unseren Gruppen und Einrichtungen orientiert sich an den sozialdemokratischen Grundwerten der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir bekennen uns zu einem demokratischen Schulwesen und treten für eine auf wissenschaftlicher Pädagogik begründete Bildungsreform ein. Wir arbeiten mit allen demokratischen Organisationen, die im gleichen Sinne tätig sind, zusammen.

Unsere FunktionärInnen und MitarbeiterInnen haben ein humanistisches, antifaschistisches Weltbild. Die Geschichte der Wiener Kinderfreunde ist die Geschichte der Wiener Arbeiterbewegung. Der Name Otto Felix Kanitz steht mit gleich hoher Bedeutung für die Kinderfreunde und für den Antifaschismus. Er war es, der 1932 in einer Sitzung

des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vorschlug, die „Drei Pfeile“ neben dem Parteiabzeichen als sozialistisches Kampfabzeichen gegen das Hakenkreuz zu tragen. Einige Tage später, am 14. August 1932, wandte sich die Arbeiterzeitung an alle Genossinnen und Genossen, dieses neue Kampfabzeichen zu verwenden.

DichterInnen der Arbeiterklasse nahmen sich bald der „Drei Pfeile“ an. 1934 drängte der Austrofaschismus Kinderfreunde und Rote Falken in den Untergrund. Selbst in Zeiten der Illegalität, unter den Verfolgungen des Faschismus, zierten die „Drei Pfeile“ immer wieder Flugschriften der Revolutionären Sozialisten Österreichs oder waren auf Hausmauern zu finden. Als endlich der Barbarei 1945 ein Ende gesetzt wurde, war es neuerlich das erprobte Kampfabzeichen, das voll Stolz und

Zukunftsglauben getragen wurde. Heute sind die „Drei Pfeile“ ein Bestandteil des Zeichens des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. Die Freiheitskämpfer haben sich die „umfassende Aufklärungs-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“, „die Aufarbeitung historischer Ereignisse des Widerstandes und der Verfolgung“ sowie die „Anregung zur Errichtung und Erhaltung von Gedenktafeln und Denkmälern für Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ zur Aufgabe gemacht. Zweck dieser Aktivitäten ist, das Vergangene dem Vergessen zu entreißen, unserer Erinnerung zurückzugeben und das antifaschistische Bewusstsein der jungen Generationen zu schärfen.

Die Kinderfreunde betonen die Wichtigkeit des Erinnerns und die Bedeutung des un-

ermüdlenden Kampfes gegen Intoleranz, Faschismus und Rechtsextremismus. Politik, Eltern, Medien und die gesamte Gesellschaft tragen Verantwortung dafür, unsere Jugend über die Geschichte unseres Landes aufzuklären und über die Grausamkeit dieses dunklen Kapitels zu informieren.

Vor allem aber müssen wir einen Beitrag für das Funktionieren unserer Demokratie leisten. Die Landeskonferenz der Wiener Kinderfreunde unterstützt deshalb die Zusammenarbeit unserer Organisation mit dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten auf Bezirks- und Landesebene mit dem Ziel, die antifaschistische Erziehung der Kinder und Jugendlichen in allen Einrichtungen aktiv zu fördern. ■

Resolution, eingebracht von den Kinderfreunden Liesing

Neues Museum „Rotes Wien“ im Karl-Marx-Hof



Architektenentwurf für das „Rote Wien“-Museum

Wien besitzt eine Vielzahl kleiner und sehr spezieller Museen – vom Bestattungsmuseum bis zum Rauchfangkehrermuseum. Über die Zeit der Ersten Republik und des „Roten Wien“, welche die Stadt und ihr Erscheinungsbild geprägt haben wie kaum eine andere Periode, gab es bis dato kaum etwas zu besichtigen – abgesehen natürlich von zahlreichen Bauwerken. Wurden doch alleine während der Ersten Republik über 380 kommunale Wohnbauten errichtet. Im wohl berühmtesten dieser „Gemeindebauten“, dem einen Kilometer langen Karl-Marx-Hof, wird ab Ende April 2010 eine Dauerausstellung über das „Rote Wien“ diese Lücke schließen.

Untergebracht ist diese Dauerausstellung im Waschsalon Nr. 2 in der Halteraugasse 7, wo im Erdgeschoß – wie bereits seit der Eröffnung des Karl-Marx-Hofes im Jahr 1930 – immer noch Wäsche gewaschen wird. Im ersten Stock und im Dachgeschoß erfahren die Besucher alles über das „Rote Wien“ in der Zeit von 1919 bis 1934.

Das Museum wird am 30. April 2010 in der Zeit von 11 bis 13 Uhr das erste Mal geöffnet sein. Die Öffnungszeiten ab 2. Mai sind jeweils am Donnerstag von 13 bis 18 Uhr und am Sonntag von 12 bis 16 Uhr. ■



Gedenkstätte Annabichl vor Erneuerung

Die Kärntner Gedenkstätte Annabichl/Trnjava wurde zwanzig Jahre nach Kriegsende unter Federführung des aus dem KZ Dachau heimgekehrten Landeshauptmannes Ferdinand Wedenig nach einem Entwurf des Architekten Rudolf Nitsch errichtet und von Valentin Oman künstlerisch mit Bronzereliefs ausgestattet. Nunmehr soll eine Neugestaltung der Gedenkstätte nach einem Entwurf des Architekten Klaus Holler erfolgen. Wie diese aussehen wird, liegt nun in einem Konzeptbuch vor. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer steuerte darin das Vorwort in deutscher und slowenischer Sprache bei. Die Herausgabe des Buches erfolgt durch die Plattform „Memorial Kärnten-Koroška.“

Vorrangiges Ziel der Erneuerung ist, die Namen der Opfer dort zu verewigen. Ein Denkmal, das die Namen der Opfer dem Vergessen zu entreißen vermag, macht den Menschen in seinem geschichtlichen Wesen wieder kenntlich. Es geht



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer schrieb das Vorwort im Konzeptbuch der Architekten in deutscher und slowenischer Sprache

dabei zweifellos um den Wert „Würde“. Zum einen wird den Opfern, die für unsere Freiheit gelitten haben, die Würde, die ihnen die Nazis genommen haben, zurückgegeben. Zum anderen geht es um die Würde der Republik Österreich, wenn

sie dazu beiträgt, ein korrektes Geschichtsbild herzustellen, das keine Opfer-Täter-Umkehr mehr zulässt. Die Erneuerung der Gedenkstätte schließt an europäische Gedenkkultur an und stiftet eine Verpflichtung zwischen den Nachgeborenen

und den Untergegangenen und gewaltsam Ausgelöschten und damit ein Geschichtsbewusstsein, das nicht mehr mit Gleichgültigkeit und Unwissenheit über diese Zeit des Schreckens hinweggeht. ■

Vinzenz Jobst

Karoline Sperlich feiert 100. Geburtstag

Ende April feiert eine treue Sozialdemokratin und Widerstandskämpferin im Pensionistenheim „Haus Schmelz“ ihren 100. Geburtstag. Der Bundesvorstand und der Landesvorstand Wien der Freiheitskämpfer gratulieren herzlich und danken ihr für einen lebenslangen Einsatz für die Demokratie in der Zeit des Austrofaschismus, aber auch in der späteren Zeit der NS-Herrschaft.

Als Dokument für ihre Tätigkeit auszugsweise:

Ein Bescheid des Wiener Polizeipräsidenten vom 28. Jän-

ner 1938 verdonnerte Karoline Sperlich, damals 28, „zwecks Hintanhaltung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zum Aufenthalte in einem bestimmten Orte oder Gebiete vorläufig auf die Dauer von vier Wochen verhalten“. Zugleich wird ihr der Ersatz der Vollzugskosten, die noch bestimmt werden, auferlegt.

Der Bescheid erläutert, dass Karoline Sperlich seinerzeit Mitglied der SDAP war. Sie stand 1934 im Verdacht, illegales sozialdemokratisches Propagandamaterial aus der Tschecho-

slowakei nach Österreich geschmuggelt zu haben. Zudem sei sie mit Kurt Dernberger, einem politischen Leiter der KPÖ, bekannt, welcher auch in ihrer Wohnung verkehrte. Bei einer Hausdurchsuchung wurden von diesem gelieferte kommunistische Druckschriften gefunden. Es sei anzunehmen, dass sie geflissentlich staats- und regierungsfeindliche Bestrebungen förderte ... ■

Solche Sorgen hatte das Schuschnigg-Regime knappe zwei Monate vor Hitlers Einmarsch!



Karoline Sperlich

Rudolf Edlinger zum 70er!

Am 20. Februar 2010 feierte Rudolf Edlinger seinen 70. Geburtstag. Gelernter Lithograph, begann er seine politische Laufbahn als Bezirkssekretär der SPÖ Währing, war dann Landtagsabgeordneter und Gemeinderat, 1976–81 LandesparteiSekretär der SPÖ Wien, 1986–94 Stadtrat für Wohnbau und Stadterneuerung, dann bis 1997 Finanzstadtrat und wurde in diesem Jahr zum Finanzminister im Kabinett Viktor Klima berufen. Von 1999 bis 2002 war er Abgeordneter als SPÖ-Budgetsprecher im Nationalrat. Er galt in seiner Tätigkeit als sachkundiger Pragmatiker, Politiker mit Handschlagqualität und ausgeprägtem sozialem Empfinden.

Nach seinem Ausscheiden aus der Tagespolitik übernahm er die Präsidentschaft des SK Rapid und als aufrechter Antifaschist 2003 auch jene des Dokumentationszentrums des



Rudolf Edlinger, nun auch geehrter „Bürger von Wien“

österreichischen Widerstandes. Bürgermeister Michael Häupl überreichte dem verdienten Politiker die Bürgerurkunde der Stadt Wien. Zu dieser Ehrung wie auch zu seinem runden Geburtstag gratulieren ihm die Freiheitskämpfer in alter Freundschaft.

Wien: Trauer um Ludwig Kolin

Der langjährige Funktionär der Wiener Freiheitskämpfer Ludwig Kolin, ehemaliger Bezirksrat in Ottakring, ist am 8. Februar, genau an seinem 86. Geburtstag nach einem längeren Leiden plötzlich verstorben. Mit uns Freiheitskämpfern trauert auch die tschechische Minderheit in Wien, deren Mitarbeiter er zeit seines Lebens war. In der NS-Zeit wurde er wegen des Verdachts der Widerstandstätigkeit verhaftet, nach seiner Haftentlassung wurde er zum sogenannten technischen Notdienst, einer Zwangsorganisation des NS-Regimes, überstellt.

In der Zweiten Republik war er auch Mitglied des Volksgruppenbeirates im Bundeskanzleramt und engagierte sich in vielen Kultur- und Sozialeinrichtungen der Minderheit. In den 60er Jahren wurde er in der ČSSR als „Fluchthelfer“ verhaftet und sechs Monate eingekerkert. Er kam nur durch massive Inter-

ventionen aus Österreich wieder frei. Bei der Verabschiedung auf dem Ottakringer Friedhof sprach der ehemalige Kulturstadtrat und Abg. z. NR Franz Mrkvicka berührende Worte namens der sozialdemokratischen Familie.



Ludwig Kolin

Wir gratulieren

Zum 96. Geburtstag: Irma Ballek, Wien. **94. Geburtstag:** Josefine Draxler, Hallein; Berta Fesl, Salzburg; Elly Weber, Maria Hladej, Wien. **93. Geburtstag:** Otto Libal, Linz. **92. Geburtstag:** Marie Wacke, Sollenau; René Spacek, Wien. **91. Geburtstag:** Rosi Hirschegger, Innsbruck; Maria Ristic, Fritz Probst, Wien; Lona Murowatz, Wiener Neustadt. **90. Geburtstag:** Max Leitner, Asperhofen; Anna Sehorsch, Mödling; Karl Steinocher, Salzburg; Peter Fritz, Trieben; Eleonore Dietl, Hugo Pepper, Wien. **85. Geburtstag:** Hubert Turnitscher, Bruck/Mur; Leo Zak, Gutenstein; Walter Thann, Kaltenleutgeben; Roman Hruby, Wilhelm Ambros, Paula Michalica, Rudolf Pöder, Josef Deutsch, Hans Prager, Edith Seeböck, Wien. **80. Geburtstag:** Hans Heiplik, Breitenfurt; Gertrude Mürkl, Eggendorf; Anton Pleyer, Graz; Anna Olive, Linz; Wilhelm Mayer, Markt Piesting; Johann Bernthaler, Hermine Hüther, Gertrude Hubmann, Herta Kromer, Rudolf Bruner, Herbert Pfannenstiel, Heinrich Pichlmayer, Wien. **75. Geburtstag:** Helene Androsch, Linz; Gertrude Proyssl, St. Georgen; Egon Meyer, St. Pölten; Eveline Andrlík, Eleonore Hochreiter, Maria Preisinger, Inge Zisch, Franz Leopold, Alfred Schuh, Bruno Witz, Werner Rath, Wien; Kurt Novotny, Wiener Neustadt.



Dem Unrecht die Stirn geboten

Ungebrochener Wille“ heißt ein Buch, in welchem der außergewöhnliche Mut des Oberösterreichers Leopold Engleitner in seinem Widerstand gegen die Nazidiktatur und seinem Festhalten an seinen Überzeugungen dargestellt wird.

Bundespräsident Heinz Fischer schrieb dazu in einem Vorwort: „Was wir aus dem Buch erfahren, ist die Aufarbeitung von schwer fassbaren Gräueln und Untaten, die Menschen einander antun können. Aber es ist zugleich ein überzeugendes Beispiel dafür, dass es möglich war, sich aufgrund besonderer charakterlicher Eigenschaften einem Unrechtsregime zu verweigern.“

Geboren 1905 in einer einfachen Bauernfamilie in Strobl, verdingte der „Poidl“ sich schon früh als Bauern- und später Holzknecht, dann als Heizer in einer Papierfabrik und kam schließlich mit „Zeugen Jehovas“ in Kontakt. Sie leiteten ihn zu Bibelstudien an, und dies überzeugte den jungen Mann so tief, dass er zum Entsetzen seiner streng katholischen Mutter seinen Austritt aus der Kirche bekanntgab und sich der Sekte zuwandte. Mit den Austrofaschisten machte er erste unangenehme Erfahrungen, als er wegen des von der Kirche beanstandeten Austragens der Zeitschrift „Der Wachturm“ mehrmals bestraft wurde, ebenso wegen Herabsetzung des Papstes. Der junge Engleitner wollte sich aber keineswegs politisch engagieren, sondern nur den Weg der Bibel leben. Er verwies bei der Gendarmerie auf den Vertrag von St. Germain, der auch für Österreich die Verpflichtung zur völligen Religionsfreiheit enthielt, was die Behörden aber wenig beeindruckte.

Bald musste Engleitner mit der ungemein schärferen Gang-

art eines bevormundenden Staates Bekanntschaft machen. Nach dem Anschluss waren, wie im ganzen Dritten Reich, die Zeugen Jehovas eine verbotene Sekte, statt ihres eigentlichen Namens wurden sie als „Bibelforscher“ bezeichnet. Die Nazis versuchten, Engleitner für sich zu gewinnen, indem sie dem fünf Jahre lang „Ausgesteuerten“ einen Arbeitsplatz verschafften. Als aber Engleitner am 4. April 1939 im privaten Kreis Gleichgesinnter des Todes Jesu gedachte, klopfte die Gestapo an und nahm die Männer und Frauen in Untersuchungshaft. Für Engleitner zog sich diese über Wochen hin. Inzwischen hatte er auch einen Einberufungsbefehl bekommen. Dem Untersuchungsrichter sagte er, er werde dem nicht Folge leisten, für ihn gelte das Bibelwort „Du sollst nicht töten“. „Da stehst du schon mit einem Fuß im Grab“, kündigte ihm der Vernehmende an. Und nach einigen Wochen, in denen der „Delinquent“ in allen Befragungen bei seinem für ihn von Gott befohlenen Standpunkt blieb, kam die Einweisung ins Konzentrationslager Buchenwald. Im Deportationszug, der in Zweierzellen eingeteilt war, kam er neben seinen vormaligen Landeshauptmann Heinrich Gleißner zu sitzen. Als dieser im Gespräch meinte, aber „zu unserer Zeit haben Sie wegen Ihres Glaubens keine Schwierigkeiten gehabt“, musste er schmunzeln: „Ich kann mich an die Zahl der Verhaftungen gar nicht erinnern“, und Gleißner entschuldigte sich für das Unrecht, das ihm da angetan worden war.

Im KZ Buchenwald war freilich Schluss mit solchen Erlebnissen. In der Strafkompagnie im Steinbruch, im täglichen Terror. Im KZ waren etwa 400 „Bibelforscher“. Engleitner schildert furchtbare Szenen, vom unbeschreiblichen Hunger bis zu

den täglichen Schikanen und Schlägen, und später, als er ins KZ Niederhagen verlegt wurde, lernte er, zum Tragen der verwesenden Leichen gezwungen, den „Geruch des Todes“ kennen. Danach im KZ Ravensbrück, streng von den weiblichen Gefangenen getrennt, war für ihn die Zwangsarbeit in der Landwirtschaft fast eine Erleichterung. Die SS musste sich davon überzeugen, dass diese Häftlinge ihren Grundsätzen treu blieben, und beim Äpfelausladen, wo kontrolliert wurde, ob jemand eine Frucht eingesteckt hatte, hörte er den Posten sagen: „Lass ihn durch, die Bibelforscher stehlen nicht.“

Überraschend kam für Engleitner die Entlassung aus dem KZ Mitte 1943. Bei der Ankunft in Linz wurde ihm gedroht, das Werben für die Zeugen Jehovas ja zu unterlassen, auch wenn er von seiner Überzeugung für sich ohnedies nicht ablassen könne. Die Wehrmacht wollte ihn wiederhaben, und obwohl der Arzt wegen seiner gekrümmten Wirbelsäule für eine Zurückstellung eintrat, erhielt er bald per Post den Wehrpass mit Bereitstellungsschein. Er warf die Papiere ins Feuer – und hatte Glück: Es kam schließlich eine Bestätigung, dass seine Ausmusterung (oder war es die seines Bruders?) auf einem Irrtum beruhte. Noch einmal versuchte Leopold Engleitner, durch Flucht unterzutauchen. Als er sich zum Haus jenes Bauern, bei dem er gearbeitet hatte, schlich, sah er durchs Fenster Männer in Uniform und wollte schnell wieder verschwinden. „Aber Poidl,



vor denen brauchst dich nicht fürchten, das sind Russen, die für Hitler gekämpft haben, die jetzt schnell abhauen müssen.“ Am nächsten Tag suchte er seine Eltern auf. Es gab kein Wort des Dankes dafür, dass er als einer der wenigen so viel Rückgrat bewiesen hat, Hitlers grausiges Treiben nicht zu unterstützen.

Der Dank des Vaterlandes dauerte noch länger. Als seine Geschichte veröffentlicht worden war, wurde er bei Großveranstaltungen in Schulen und zur Veranstaltung „A Letter To The Stars“ auf dem Heldenplatz eingeladen und erzählte dort seine Erlebnisse. Schließlich wurde er von Bundespräsident Klestil in der Hofburg empfangen, sprach als Zeitzeuge auch im Parlament und hatte mit Bundespräsident Fischer ein ausführliches Gespräch. Neben dem Goldenen Verdienstzeichen der Republik Österreich wurde er auch vom deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler ausgezeichnet. ■

*Bernhard Rammerstorfer,
„Ungebrochener Wille“:
Der außergewöhnliche Mut
eines einfachen Mannes.
Herzogsdorf 2008.*



Die Kinder von Maison d'Izieu

Wanderausstellung, konzipiert und kuratiert von der Gedenkstätte Maison d'Izieu (Frankreich).

Die Fotoausstellung, die vor allem in Berufsschulen gezeigt wird, zeigt die Kinder und ihre Erzieher in der Zeit ihres Aufenthalts in Izieu vom Mai 1943 bis April 1944. Das von Sabine und Miron Zlatin gegründete Kinderheim in Izieu (80 km von Lyon entfernt) beherbergte über einhundert jüdische Kinder verschiedener Nationalitäten, deren Eltern bereits von den Nazis deportiert waren.

Am Morgen des 6. April 1944 wurden 44 Kinder – sieben davon aus Wien – und ihre Erzieher, die zu dieser Zeit im Kinderheim waren, auf Befehl von Klaus Barbie, dem Leiter der Lyoner Gestapo, festgenommen und deportiert. Mit Ausnahme von zwei Jugendlichen und des Direktors Zlatin,



Foto: Maison d'Izieu

So fröhlich spielten die jüdischen Kinder noch Theater im Maison d'Izieu

die in Reval (Estland) erschossen wurden, wurde die Gruppe nach Auschwitz deportiert. Die einzigen Überlebenden waren eine Erzieherin, Léa Feldblum, die das Lager überlebte, und ein Erwach-

sener, der während der Razzia fliehen konnte. Die Kinder und ihre Erzieher wurden kurz nach ihrer Ankunft vergast.

Die Ausstellung wird mit Unterstützung des Bundeskanzler-

amtes, des Nationalfonds und des Zukunftsfonds der Republik Österreich sowie des BMUKK realisiert und von der Kunstversicherung Barta & Partner unterstützt. ■

„Das Dreieck meiner Kindheit“

Michael Kofler und Judith Pühringer haben mit ihrem Projekt „Das Dreieck meiner Kindheit“ über das Leben der jüdischen Gemeinde im 15. Bezirk im vergangenen Jahr einen großartigen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte geleistet.

Die Arbeiten über die Herklotzgasse 21 und über den von den Nazis gebrandschatzten Tempel in der Turnergasse waren nur ein Anfang. Eine Gedenkstätte bei der ehemaligen Synagoge soll mithilfe des Bezirks realisiert werden.

Die Ausstellung „Das Dreieck meiner Kindheit“ in der Herklotzgasse 21 verbindet archivarische Recherche mit der lebendigen Erinnerung von Menschen, die hier aufwuchsen und von hier fliehen konnten. Zwölf der fünfzehn Überlebenden, die überwiegend in Israel interviewt wurden, gingen in der Herklotzgasse 21 in den Kindergarten,

andere besuchten den Turnverein Makkabi XV oder waren Mitglieder der hier angesiedelten zionistischen Jugendorganisationen. Sie sangen im Kinderchor des Turnertempels und besuchten die Talmud-Thora-Schule in der Storchenschule. Das Projekt Herklotzgasse 21 setzt auf aktive Bildungs- und Ermittlungsarbeit. ■

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Lilli Bauer, Klaus Bergmaier, Boris Ginner, Alfred Heinrich, Annemarie Hopfgartner, Vinzenz Jobst, Alfred Kohlbacher, Ernst Nedwed, Manfred Scheuch, Markus Sibrawa, Peter Traskowitsch, Alfred Zach, Eva Zeman.

Grafische Gestaltung: Andreas Schnierer. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. März 2010. Nächstes Heft: Juni 2010.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Schottenfeldgasse 24, 1070 Wien; Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z03355M